

MISEREOR

Lehrerforum

Denkanstöße – Handlungsfelder

Nr. 80 / Juni 2011

Sekundarstufe I

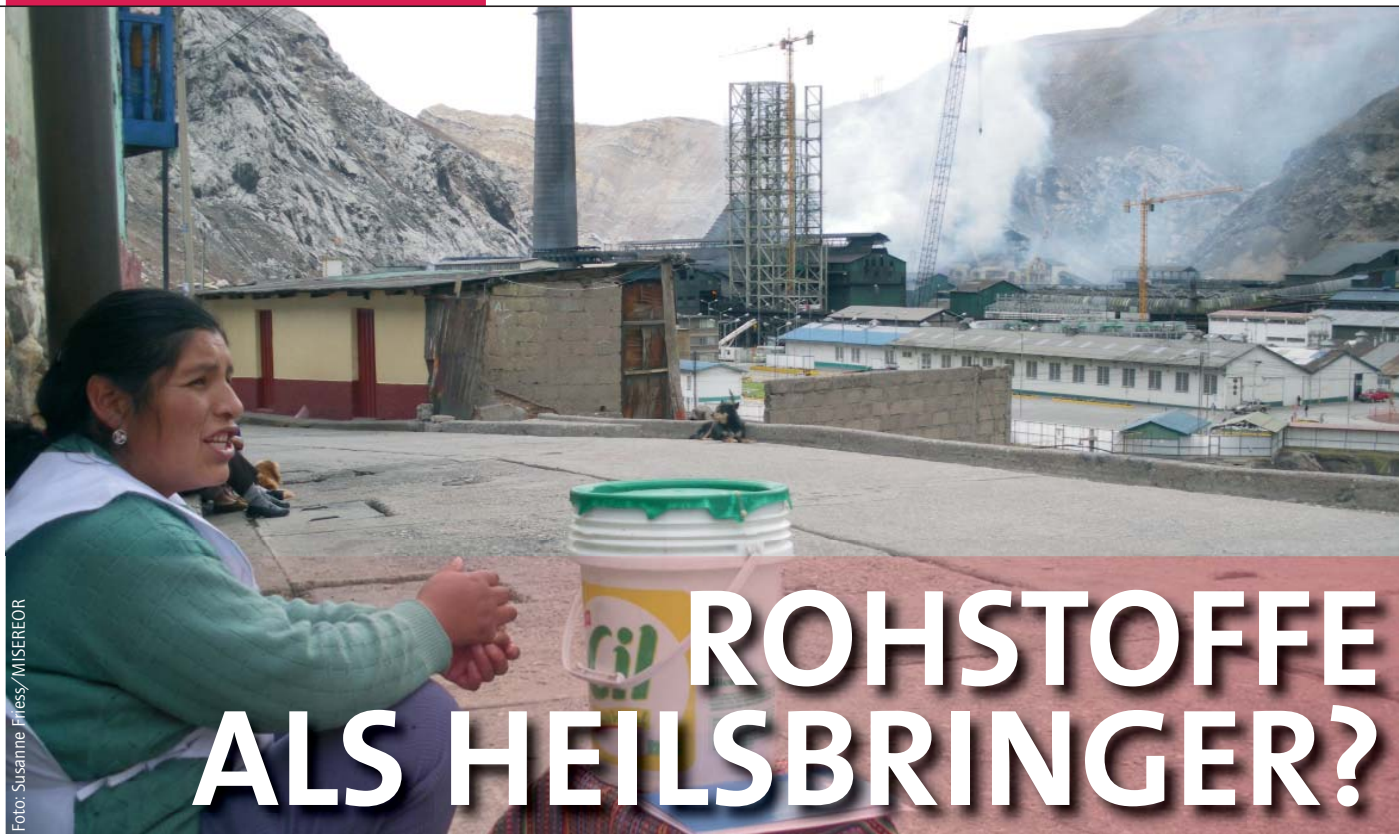


Foto: Susanne Irless/MISEREOR

ROHSTOFFE ALS HEILSBRINGER?

Meine Meinung

Mehr als 50 Entwicklungs- und Schwellenländer in Afrika, Asien und Lateinamerika sind reich an Erdöl und Erdgas oder verfügen über wertvolle mineralische Rohstoffe. Viele Menschen in diesen Ländern haben gehofft, dass durch den Abbau und Export der Bodenschätze die Armut bekämpft und eine gesellschaftliche Entwicklung zum Wohle vieler stattfinden würde. Doch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ist das Gegenteil der Fall. Die Gewinne aus Erdölförderung und Bergbau werden in der Regel ungerecht verteilt. Sie landen zum großen Teil in den Taschen korrupter Eliten oder auf den Auslandskonten mächtiger Konzerne. Den ohnehin schon in Armut leben-

den Menschen in den Abbauregionen bleiben verschmutzte Gewässer, verseuchte Böden, Haut- und Atemwegserkrankungen, Enteignung ohne ausreichende Entschädigung oder Vertreibung. Alte Konflikte verschärfen sich, neue entstehen – auch zwischen und innerhalb von Ethnien, Gemeinden und Familien. Betroffene, die mit friedlichen Mitteln dafür kämpfen, dass ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte geachtet und geschützt werden, werden häufig wegen ihres Engagements politisch verfolgt. Sie müssen mit willkürlicher Inhaftierung, falschen Anklagen, Einschüchterungen, ja sogar mit Todesdrohungen oder politischem Mord rechnen. Die Kriminalisierung sozialen Protestes hat System. Dagegen wendet sich MISEREOR. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika treten wir

dafür ein, dass die Rohstoffgewinnung auch den Menschen in den betroffenen Regionen zugutekommt.

Deutschland ist einer der größten Rohstoffverbraucher weltweit. Durchschnittlich verbrauchen wir alle im Laufe unseres Lebens etwa 1.000 t Rohstoffe. Der größte Teil davon wird importiert. Deshalb betrifft uns das Schicksal der Menschen in den Bergbau- und Ölförderregionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mehr als wir meinen. Wir tragen Verantwortung dafür, dass unsere Nachfrage und unser Wohlstand nicht zum Fluch, sondern zum Segen für die in Armut lebenden Menschen werden.

E. Strohscheidt

Ihre Elisabeth Strohscheidt

Südamerika:

Der Fluch des Goldes

Peru ist ein rohstoffreiches Land. In der Gebirgskette der Anden gibt es Kupfer, Blei, Zinn, Zink, Silber, Uran und viele andere wichtige Mineralien. Auch kostbares Gold wird dort abgebaut. Schon zur Zeit der spanischen Eroberung spielte Gold im „Land der Inka“ eine wichtige Rolle: Die Inkaherrscher trugen prächtigen Schmuck und verwendeten bei religiösen Riten kunstvolle Gegenstände aus Gold. Als im Jahr 1532 die Spanier in Peru landeten, wurden sie vom Glanz der goldenen Pracht völlig geblendet. Sie unterwarfen die Inka auf grausame Weise, plünderten

das Gold und andere Schätze und sandten sie nach Europa. Das Gold weckte die Gier der Spanier und wurde so zum Fluch für die Menschen des alten Inkareiches.

Auch heute spielt Gold in Peru eine wichtige Rolle. Im Jahr 2009 förderten transnationale Konzerne in Peru etwa 180 t Gold und exportierten es. Der Goldabbau bringt wichtige Devisen in die Staatskassen, weshalb die peruanische Regierung den Bergbau fördert und immer neue Unternehmen ins Land locken will, die Gold und andere Mineralien abbauen sollen.

Doch wie zur Zeit der spanischen Eroberung ist der Rohstoffreichtum Perus auch heute noch Anlass für Konflikte und Auseinandersetzungen und bringt eine Menge Probleme mit sich. Während Gold früher vor allem in unterirdischen Stollen abgebaut oder aus dem Sand in den Flüssen ausgewaschen wurde, erfolgt der Abbau heute im offenen Tagebau. Riesige Bagger tragen ganze Berge ab und verwüsten gigantische Flächen. Das abgetragene Gestein wird gemahlen und auf einer Halde zu einem neuen Berg aufgeschüttet. Dieser wird mit hochgiftiger Zyanid-Lauge beträufelt, die den feinen Goldstaub bindet und aus dem Gestein herauslöst. Auf diese Weise können sogar winzigste Mengen Gold aus dem Erdreich gewonnen werden. Oftmals erhält man aus 1 t Erde nur 3 bis 5 g Gold. Für die Herstellung eines goldenen Eherings müssen durchschnittlich 20 t Gestein umgewälzt werden (nach Angaben von www.nodirtygold.com). Je weniger Goldstaub die Erde enthält, umso mehr Zyanid muss eingesetzt werden. Zyanid ist ein Salz der Blausäure, bereits kleinste Mengen davon sind für den Menschen tödlich. Beim Goldabbau entstehen Schlämme und Abwässer, die neben Zyanid auch Schwefelsäure und Schwermetalle enthalten. Gelangen diese Abwässer aus der Mine heraus, ist das für die Umwelt sehr gefährlich. Trotz der Beteuerungen der großen Unternehmen, alle Probleme im Griff zu haben, kommt es in den großen Bergwerken in Peru – und anderswo auf der Welt – immer wieder zu Zwischenfällen, bei denen Mi-



Foto: Susanne Friess/MISEREOR

Ein neuer Berg ist in der Landschaft entstanden: die Goldmine Yanacocha in der Region Cajamarca, Peru. Mit hochgiftigem Zyanid wird hier das Gold gewonnen.

Gold: Zahlen & Fakten

In der gesamten Menschheitsgeschichte wurden bisher ca. 140.000 t Gold auf der Welt abgebaut.

Im Jahr 2010 belief sich die weltweite Nachfrage nach Gold auf etwa 3.600 t. Hauptproduktionsland war China, gefolgt von Australien, den USA, Südafrika und Peru.

Etwas mehr als drei Viertel der Nachfrage kommt aus der Schmuckindustrie. Weitere industrielle Nachfrage stammt aus der Elektroindustrie und der Zahnmedizin.

Viel Gold lagert in Form von Barren und

Münzen bei den Banken. So besitzt Deutschland gut 3.400 t im Wert von derzeit ca. 105 Mrd. Euro, die als Währungsreserven in großen Tresoren lagern.

China und Indien sind seit Jahren die Nationen mit der größten Nachfrage nach Gold. Im Jahr 2010 haben die Deutschen jedoch alle Rekorde gebrochen: Allein von April bis Juni kauften deutsche Privatanleger 44 t Gold in Form von Barren und Münzen. Der Grund: Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise und den Problemen mehrerer Euro-Län-

der setzen immer mehr Menschen auf Gold als vermeintlich sichere Wertanlage. Der Goldpreis ist in den letzten Jahren rasant angestiegen. Im Jahr 2000 kostete eine Feinunze Gold (ca. 31 g) noch etwa 250 US-Dollar, heute liegt der Preis bei gut 1.400 US-Dollar. Würde man die enormen Kosten für die Umweltverschmutzung, die der Goldbergbau verursacht, in den Goldpreis einrechnen, müsste eine Unze Gold jedoch noch viel teurer sein!

nenabwässer große Schäden anrichten. So brach im Juli 2010 in Peru der Damm eines Rückhaltebeckens in der Mine „La Caudalosa“. Mehr als 21.000 m³ Schlämme und Abwässer flossen in zwei wichtige Flüsse, die von mehreren tausend Menschen zum Bewässern der Felder und als Trinkwasser genutzt werden.

Auch im Umfeld der Mine „Yanacocha“, der größten Goldmine Lateinamerikas, passierte im Jahr 2000 ein schlimmer Unfall, bei dem ein Lkw mehr als 150 kg hochgefährliches Quecksilber verlor. Die Menschen in dem Dorf Choropampa sammelten das silberne glänzende Schwermetall ein, in dem Glauben, dass es sich um etwas Wertvolles handele. Sie nahmen das Quecksilber sogar mit in ihre Häuser und bewahrten es dort auf. Das Unternehmen, das für den Unfall verantwortlich war,klärte die Menschen viel zu spät über die Gefahren auf. Viele Menschen erkrankten, einige starben sogar an den Folgen der Quecksilbervergiftung.

Aber auch ohne Unfälle gelangt immer wieder verschmutztes Wasser aus den großen Goldminen in die Umwelt, verseucht Wasserläufe und Grundwasser und gefährdet die Gesundheit derer, die von diesem Wasser leben. Hinzu kommt, dass der Goldbergbau enorme Wassermengen verschlingt: So benötigt die Mine „Yanacocha“ an einem einzigen Tag über 1,5 Mio. m³ Wasser – das ist so viel, wie eine peruanische Kleinstadt in einem ganzen Jahr verbraucht! Das Wasser brauchen aber auch

die Bauern, die damit ihre Felder bewässern und ihre Tiere tränken. Deshalb kommt es im Umfeld der großen Bergwerke häufig zu wütenden Demonstrationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Bergbauunternehmen. Im Gegensatz zu den Bauern haben die Unternehmen viele Möglichkeiten, an Wasser zu kommen: Sie können Grundwasser aus den Tiefen der Erde nach oben pumpen, große Wasserspeicher bauen, um Wasservorräte anzulegen, oder auch ganze Flüsse und Kanäle in das Bergwerk umleiten. Die Bauern hängen dagegen von dem Wasser ab, das als Regen fällt oder in Bächen und Flüssen fließt – dieses ist aber oft durch den Goldabbau vergiftet.

Die Gefahren für Mensch und Umwelt, die der Goldbergbau mit sich bringt, sind so schlimm, dass der Goldbergbau, wie er in Peru betrieben wird, in Deutschland verboten wäre. Bei uns untersagen es die Umweltsetze, unter freiem Himmel mit so großen Mengen hochgiftigen Zyanids zu hantieren. Doch Peru ist ein Entwicklungsland. Die Umweltauflagen sind dort viel weniger streng. Die langfristigen Folgeschäden, die der Bergbau anrichtet, werden von der Regierung Perus und von den Unternehmen zugunsten der kurzfristigen Gewinne in Kauf genommen. Der Reichtum an Gold ist auch heute noch ein Fluch für viele Menschen, die im Umfeld der großen Goldminen unter den negativen Auswirkungen des Bergbaus leiden. *Susanne Friess*

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Was tut MISEREOR?

- MISEREOR unterstützt Partnerorganisationen, die sich für strengere Umweltsetze einsetzen und von der Regierung ihres Landes eine striktere Kontrolle der Bergbau- und Erdölunternehmen verlangen.
- Gemeinsam mit den Betroffenen verteidigen die Partnerorganisationen von MISEREOR die Rechte der Menschen, die unter den Auswirkungen von Bergbau und Erdölförderung leiden – weil sie z. B. kein sauberes Wasser mehr haben, weil sie von ihrem Land vertrieben werden oder weil sie wegen ihres Widerstands bedroht werden. Die Organisationen übernehmen auch die juristische Verteidigung, wenn die Bauern zu Unrecht angeklagt werden.
- Die Partnerorganisationen von MISEREOR fordern eine höhere Besteuerung des Bergbau- und Erdölsektors, damit mehr Geld im Land bleibt. Es soll der Bekämpfung der Armut, einer besseren Schulbildung, dem Ausbau des Gesundheitssystems sowie dem Umweltschutz und einer nachhaltigen Entwicklung dienen.

ARBEITSAUFTRÄGE

- 1** Lies den Text aufmerksam durch. Markiere Wörter und Wortgruppen, die du nicht verstanden hast. Kläre Begriffe, die noch unklar sind. Nutze folgende Möglichkeiten: Nachschlagen, aus dem Zusammenhang im Text klären, jemanden fragen, im Internet suchen. Schreibe die Begriffe und die Erklärungen auf, sodass du später nachschauen kannst.
- 2** Suche dir eine Arbeitspartnerin oder einen -partner. Erläutere den Abbau von Gold damals und heute. Erstelle ein Schaubild und nehme die folgenden Begriffe zu Hilfe.
Achtung: Die Begriffe sind noch nicht geordnet!
neuen Berg aufschütten, Goldstaub aus Gestein herauslösen und binden, mit Zyanid-Lauge tränken, unterirdische Stollen, Gestein abtragen, Auswaschen von Sand an Flüssen, offener Tagebau, Gestein mahlen.
- 3** Welche Probleme bringt der Abbau von Gold in Peru mit sich? Liste in Stichpunkten auf.
- 4** Der Text berichtet über zwei große Zwischenfälle.
 - a) Was war passiert? Welche Auswirkungen hatte das auf Mensch und Natur? Beziehe dich auf den Text.
 - b) Welche Auswirkungen hat es, dass beim Goldbergbau sehr viel Wasser verbraucht wird? Wie reagieren die einheimischen Bauern? Beziehe dich auf den Text.
- c) Recherchiere im Internet
 - über die Giftigkeit von Zyanid (z. B. <http://sowieso.de/portal/glossary>)
 - oder über die Gefahren von Quecksilber (z. B. <http://de.wikipedia.org/wiki/Quecksilbervergiftung>)
 - oder über die Auswirkungen von Wassermangel auf den Menschen (z. B. www.medienwerkstatt-online.de/lws-wissen => Menschlicher Körper => Schmutziges Wasser tötet 4.500 Kinder täglich oder => Menschlicher Körper => Wasser => Die Folgen des Flüssigkeitsmangels).
 Bildet Kleingruppen und informiert euch gegenseitig, was ihr herausgefunden habt.
- 5** Arbeitet zu zweit. Bereitet ein Plakat vor, das peruanische Bauern benutzen könnten, um gegen die Gefahren des Wassermangels und die Verseuchung des Wassers zu protestieren.
- 6** Diskutiert in eurer Lerngruppe folgende Fragen:
 - Der Goldbergbau bringt wichtige Einnahmen in die Staatskassen. Wofür sollte die peruanische Regierung dieses Geld verwenden?
 - Warum passiert das aber nicht in dem gewünschten Maße?
 - Welche Maßnahmen könnten helfen, den Schutz von Natur und Mensch zu verbessern?
 - Was können wir in Deutschland tun?

Afrika: Schwarzes Gold aus dunklen Kanälen

Der afrikanische Kontinent ist bekannt für seinen Reichtum an Bodenschätzen, darunter Diamanten, Gold, Coltan, andere Erze sowie Tropenholz. Zunehmend wird neben Nordafrika auch das Afrika südlich der Sahara (Subsahara-Afrika) wegen der dort vorhandenen Erdöl- und Erdgasreserven energie- und weltpolitisch interessant. Schätzungen zufolge liegen ungefähr 10 % der weltweit bekannten Erdölreserven in Subsahara-Afrika. Etwa 5 % des weltweit geförderten Erdöls kommen schon heute aus der Region des Golfs von Guinea. Er erstreckt sich von West- bis Zentralafrika und umfasst die Länder Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Benin, Nigeria, Kamerun, Tschad, Äquatorialguinea, Gabun, die Zentralafrikanische Republik, die Republik Kongo, die Demokratische Republik Kongo und Angola.

Angesichts steigender Rohölpreise und des zunehmenden Bedarfs an Erdöl gewinnen die hier vorhandenen Reserven immer mehr Bedeutung; in den letzten zehn Jahren ist die Förderung um ca. 36 % gestiegen. Seit etlichen Jahren schon drängen multinationale Erdölunternehmen aus den USA, Kanada, Europa und zunehmend auch aus Asien, allen voran aus China, in die Region. Sie liefern sich einen harten Kampf um die Kontrolle über die Erdölquellen und um den Erhalt von Lizenzen. Sie investieren Millionen von US-Dollar in die Erkundung und Förderung des „schwarzen Goldes“. Dieses Geld könnte einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Länder und zur Armutsbekämpfung leisten. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Seit Beginn der Erdölförderung rutschten die ohnehin schon armen Länder auf einer UN-Rangliste zu den Lebensverhältnissen in 177 Staaten, die im Rahmen des Weltentwicklungsprogramms herausgegeben wird, noch weiter nach unten ab. Die Erdölförderung bedeutet in der Regel Umweltverschmutzung, Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen in der Erdölregion, lächerliche Entschädigungszahlungen, Vertreibungen, Verstärkung bestehender und Entstehen neuer Konflikte sowie schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen (z. B. Verstöße gegen das Recht auf Nahrung, sauberes Wasser und Gesundheit). Die Einnahmen aus

den Erdölexporten kommen bei den Menschen nicht an, sondern verschwinden allzu oft in den Taschen der Repräsentanten von korrupten Eliten und großen Konzernen.

Die Bevölkerung weiß in der Regel nicht einmal, wie hoch die Einnahmen sind. In Deutschland ist z. B. bekannt, wie viel Braunkohle im Rheinland gefördert wird und welche Einnahmen der Region und der Bundesrepublik daraus erwachsen. In den Erdölländern Subsahara-Afrikas wussten die Menschen jedoch jahrzehntelang nicht, wie viel Geld die Regierungen von den ausländischen Energieunternehmen erhielten, und schon gar nicht, wie sie diese Gelder verwendeten. Bis heute ist es nicht selbstverständlich, dass die Bevölkerung in Westafrika verlässliche Informationen über die Höhe der Einnahmen und die Mittelverwendung erhält. Viele dieser Länder sind jedoch extrem abhängig von den Einnahmen aus dem Erdölsektor, wie Tab. 1 zeigt. Ihre Wirtschaft stützt sich praktisch vollkommen auf die sogenannten Petrodollars. Umso wichtiger ist es, dass diese Einnahmen gerecht verteilt und für die Bedürfnisse der Menschen verwendet werden.

Diese Länder sind jedoch durch eine schlechte Regierungsführung und schwache demokratische Kontrolle gekennzeichnet. Es fehlt eine verlässliche Transparenz- und Informationspolitik seitens des Staates und der Konzerne. All dies begünstigt Korruption,

Missmanagement und eine zwicklichtige Begünstigungspolitik. Die Folge: Die Einnahmen aus dem Erdölsektor haben nicht zur nachhaltigen Entwicklung der Länder beigetragen.

Transparenz von Produktionszahlen und Zahlungsströmen ist somit ein Kennzeichen guter Regierungsführung. Sie bekämpft die Korruption und die ungerechte Verteilung der Einnahmen. Dass zur Korruption immer mindestens zwei gehören – die, die nehmen, und die, die geben – zeigen die aktuellen Vorwürfe gegen multinationale Konzerne wie Shell, Exxon oder Total, die in Korruptionsskandalen in Afrika verwickelt sind und zur Zeit vor Gericht stehen. Die **Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)** versucht eine Antwort auf das Problem der Korruption zu geben. EITI ist eine überstaatliche Initiative für mehr Transparenz in den Industrien, die Rohstoffe fördern. Sie wurde auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg angeregt, ein Jahr später nahm sie ihre Arbeit auf. Regierungen, Unternehmen, Investoren und Nichtregierungsorganisationen sind in ihr vertreten. Der Beitritt zur Initiative ist freiwillig. Rohstoffreiche Entwicklungsländer erklären ihre Bereitschaft, nach bestimmten Kriterien Transparenz über ihre Einnahmen aus dem Erdöl-, Erdgas- sowie Bergbausektor herzustellen (siehe Kasten). Heute sind über 30 Länder EITI beigetreten, davon 20 aus Afrika. Über 40 Konzerne unterstützen EITI

Tab. 1: Ausgewählte Erdölländer in Subsahara-Afrika

Land	Förderbeginn*	Erdölproduktion in 1.000 Barrel pro Tag (2009)*	Anteil des Öls am Export in %*	Anteile der Erdöleinnahmen am Staatshaushalt in %*	Korruptionsindex 2010 (von 178 Staaten)**
Nigeria	1956	2.100	95	85	134
Angola	1957	2.000	90	80	168
Äquat. Guinea	1992	365	99	95	168
Gabun	1957	247	80	60	110
Kongo (Rep.)	1957	239	90	70	154
Tschad	2003	126	k.A.	73	171
Kamerun	1978	81	55	33	146
Sudan	1959	480	95	60	172

k.A.= keine Angabe

*Quellen: EIA Country analysis brief 2007 und 2008, 2009, BMZ 2006

**Quelle: Transparency International 2010. Der Korruptionsindex wird von Transparency International (TI) jährlich ermittelt. Er misst die wahrgenommene Korruption nach Ländern. Hier wird der Platz auf der Rangliste wiedergegeben.

Staaten, die der EITI beitreten, verpflichten sich u. a.

- regelmäßig alle Zahlungen der Unternehmen im Erdöl-, Erdgas- und Bergbausektor an die Regierung sowie alle Einnahmen der Regierung aus diesem Industriezweig zu veröffentlichen, und zwar in verständlicher und nachvollziehbarer Form,
- Zahlungen und Einnahmen von einer unabhängigen Stelle prüfen zu lassen und Unstimmigkeiten aufzuklären,
- auch staatliche Unternehmen in die Veröffentlichungspflicht des Sektors einzubeziehen,
- einen Prozess einzuführen, an dem auch die Zivilgesellschaft beteiligt ist; in diesem Rahmen sollen alle nationalen EITI-Aktivitäten und die veröffentlichten Informationen überprüft werden,
- einen Arbeitsplan zur Umsetzung der EITI-Kriterien zu erstellen, der realistisch und finanzierbar ist, und einen nationalen Koordinator zu ernennen, der EITI voranbringt.

Diese Länder sind EITI beigetreten: Aserbaidschan, Mongolei, Ghana, Timor-Leste, Liberia, Afghanistan, Madagaskar, Albanien, Mali, Burkina Faso, Mauretanien, Kamerun, Mosambik, Zentralafrikanische Republik, Niger, Tschad, Nigeria, Elfenbeinküste, Norwegen, Demokratische Republik Kongo, Peru, Gabun, Republik Kongo, Sierra Leone, Indonesien, Tansania, Irak, Togo, Kasachstan, Jemen, Kirgisische Republik, Sambia.

siehe auch www.eiti.org

und haben sich ihrerseits bereit erklärt, ihre Zahlungen an Regierungen offen zu legen.

EITI war die Antwort der Regierungen auf die ebenfalls 2002 ins Leben gerufene zivilgesellschaftliche Kampagne **Publish What you Pay** (PWYP: „Legt offen, was ihr zahlt“, siehe auch www.publishwhatyoupay.org). Die Kampagne verlangt von den Unternehmen aus dem Erdöl-, Erdgas- und Bergbausektor, dass sie ihre gesamten Zahlungsströme (Steuern, Förderabgaben, Lizenzgebühren und Prämien) an die Regierungen veröffentlichen. Anders als EITI fordert PWYP ausdrücklich verbindliche Verpflichtungen für Unternehmen, ihre Zahlungen offenzulegen, und zwar aufgeschlüsselt nach Ländern und Projekten. Zudem fordert PWYP die Regierungen auf, ihrerseits anzugeben, was sie von den Konzernen erhalten (publish what you earn: „Leg offen, was du erhältst“) und wie diese Gelder verwendet werden (publish how you spend it: „Leg offen, wie du es aus gibst“). Darüber hinaus verlangt PWYP die Offenlegung der Verträge zwischen Unternehmen und Regierungen; bisher unterliegen diese weitgehenden Geheimhaltungsklauseln. Heute wird PWYP weltweit von über 600 Nichtregierungsorganisationen getragen. Es existieren mehr als 30 nationale PWYP-Koalitionen, vor allem in afrikanischen Ländern, aber auch in Lateinamerika, Asien sowie in Europa und Nordamerika.

Durch die Regierungsinitiative EITI und die PWYP-Kampagne wurden in den letzten Jahren einige wichtige Verbesserungen erreicht. In Subsahara-Afrika gibt es praktisch in jedem rohstoffreichen Land eine nationale PWYP-Koalition, die sich für mehr Transpa-

renz im Erdöl- und Bergbausektor einsetzt. In EITI-Ländern werden nun Berichte mit grundlegenden Informationen veröffentlicht, vor allem aber mit Angaben zu den Einnahmen aus dem Rohstoffsektor. Trotzdem stehen die Länder erst am Anfang. Die beiden Transparenzinitiativen haben lange nicht alle Korruptionsprobleme gelöst. Ein erster Schritt zu mehr Transparenz wurde aber gemacht: Das Thema ist nicht mehr tabu. Heute kann man in diesen Ländern über das Thema sprechen und kritische Fragen dazu an Regierung und Konzerne stellen. Nun sind weitere Schritte notwendig, damit die Einnahmen auch tatsächlich in die Armutsbekämpfung fließen und die Menschen endlich vom Reichtum ihrer Bodenschätze profitieren. *Axel Müller*



Foto: Axel Müller/MISEREOR

Eine Erdölplattform in Kongo-Brazzaville.

ARBEITSAUFTRÄGE

- 1 Überlege, worauf die Überschrift „Schwarzes Gold aus dunklen Kanälen“ hindeuten könnte.
- 2 Lies den Text Abschnitt für Abschnitt durch. Welche der folgenden Überschriften würdest du welchem Abschnitt zuordnen?
 - Afrika – reiche Erde
 - Transparenz, ein Mittel gegen Korruption
 - Fehlender Einblick und abhängige Länder
 - Zeigt, was ihr macht!
 - Armut, Zerstörung, Korruption
 - Alle sollen profitieren
 - Drängeln an der Quelle
- 3 Für die folgenden Aufgaben benötigst du einen Atlas.
 - a) Suche auf einer Afrika-Karte die im ersten Abschnitt genannten Länder. Welche liegen nicht am Atlantischen Ozean?
 - b) In welchen Ländern der Region des Golfs von Guinea werden Erdöl oder Erdgas gefördert? In welchen dieser Länder gibt es auch Erdöl verarbeitende Industrien? (Wirtschaftskarte)
 - c) Vergleiche die Förderung und den Transport von Erdöl und Erdgas in der Subsahara-Region mit der nordafrikanischen Region Algerien, Tunesien und Libyen. (Wirtschaftskarte)
- 4 Werte die Tabelle 1 aus und beantworte hierzu diese Fragen:
 - a) Worüber gibt die Tabelle Auskunft?
 - b) Für welchen Zeitraum, für welche Länder werden Informationen wiedergegeben?
 - c) Welche Maximal- und Minimalwerte lassen sich den Spalten entnehmen?
 - d) Welche wichtigen Aussagen lassen sich zu den einzelnen Spalten treffen?
- 5 Arbeitet zu zweit oder in kleinen Gruppen. Ihr seid Reporterinnen bzw. Reporter und Expertinnen bzw. Experten von einer Nichtregierungsorganisation. Erfindet ein Interview mit dem Thema „Transparenz und Korruption in den Erdölstaaten der Subsahara-Region“. Überlegt euch gemeinsam Fragen und Antworten und schreibt sie auf. Stellt euer Interview den anderen in der Klasse vor.

Asien: Bergbau auf den Philippinen

Die Philippinen sind reich an Rohstoffen. Sie verfügen u. a. über große Reserven an Gold, Kupfer, Nickel und Chrom. Nach Angaben der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) sind sie der fünftgrößte Rohstoffproduzent Asiens. Doch was hat die in Armut lebende Bevölkerung von dem Rohstoffreichtum der Philippinen? Welche Auswirkungen hat der Bergbau auf die Rechte der indigenen Völker (siehe Kasten)? Dazu führte MISEREOR ein ausführliches Gespräch mit Mario Maderazo, dessen zentrale Aussagen hier zusammenfassend wiedergegeben werden.¹ Mario Maderazo koordiniert die „Anti-Bergbau-Kampagne“ des Philippine-MISEREOR-Partnerships (PMP). Das PMP ist ein Netzwerk von rund 300 Nichtregierungsorganisationen auf den Philippinen. MISEREOR unterstützt das PMP finanziell sowie durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit in Deutschland und Europa.

Mario, was sind die Hauptprobleme, die der Bergbau auf den Philippinen verursacht?

Der Bergbau hat schwere Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen zur Folge. Indigene Völker werden vertrieben, ihre heiligen Stätten

zerstört. Die Probleme hängen eng mit schlechter Regierungsführung und mangelnden Aussichten auf eine nachhaltige Entwicklung zusammen. Die vorige Regierung hat den Bergbau als Motor für das Wirtschaftswachstum gesehen. Unser jetziger Präsident, Benigno Aquino III., wirbt ebenfalls mit Nachdruck dafür, dass ausländische Firmen hier in den Bergbau investieren. Doch der Bergbau bringt nicht einmal



Mario Maderazo auf einer Beratung des UN-Sonderbeauftragten zu Fragen von „Wirtschaft und Menschenrechten“ in Genf, Oktober 2010.

2 % des Bruttoinlandsproduktes; Landwirtschaft und Fischerei hingegen 18 %. Trotz der enormen Investitionen in den Bergbau trägt er also nur wenig zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei. Die Profite bleiben bei den Investoren. Die Kosten des Abbaus aber muss die Bevölkerung tragen. Der Preis, den die Filipinos für einen Run auf Rohstoffe zahlen, der vor allem durch die Nachfrage der Industrie- und einiger Schwellenländer angeheizt wird, ist zu hoch.

Rund 10 % der 92 Mio. Einwohner der Philippinen gehören einem indigenen Volk an. Sie sind ganz besonders eng mit dem Land, auf dem sie leben, und mit der Natur verwurzelt. Viele Rohstoffe werden gerade in Gebieten gefunden und abgebaut, die von Indigenen bewohnt werden. Wie werden die Rechte dieser Menschen geschützt?

Internationale Abkommen, wie die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation und die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker, aber auch die philippinische Verfassung und ein nationales Gesetz schützen die Rechte indigener Völker. So sollen Projekte nur nach der frühzeitigen, informierten und freiwilligen Zustimmung der betroffenen indigenen Gemeinden durchgeführt werden. Doch dieses international und national verbrieft Recht des „free, prior and informed consent“ (FPIC) wird nur sehr mangelhaft umgesetzt. Oft wird den Betroffenen eine frühzeitige und sachgerechte Information vorenthal-

ten. Wir hörten von Fällen, in denen sogenannte Sprecher indigener Gemeinden auf-tauchten, die in Wirklichkeit von Unternehmen geschickt wurden. Manchmal handeln auch die Behörden im Interesse der Bergbauunternehmen und überreden die Indigenen, den Anspruch auf ihr Land aufzugeben. Mit dem Bau von Straßen, Schulen und Krankenstationen werden Menschen, die in großer Armut leben, geködert, den Projekten zuzustimmen. So werden Gemeinden gespalten. Wenn dann der Bergbau mit seinen Umweltschäden kommt, wenn die Menschen keine Nahrung mehr anbauen können, weil sie ihr Land verloren haben, wenn das saubere Trinkwasser knapp wird, die Fische durch Schadstoffe im Wasser vergiftet und ganze Berge – und mit ihnen heilige Stätten – weggebaggert werden, ist es oft zu spät, noch viel zu ändern. Wer sich wehrt, läuft Gefahr, verhaftet oder unter falsche Anklage gestellt zu werden. Allein von Januar bis Juni 2011 sollen sieben Bergbaueegner getötet worden sein. Die Täter gehen meist straffrei aus. Die philippinische Menschenrechtskommission hat kürzlich der Regierung geraten, einen Vertrag mit einem kanadischen Unternehmen zu kündigen – wegen der Menschenrechtsverletzungen, die mit dem Projekt verbunden sind.

2003 startete das Philippine-MISEREOR-Partnership (PMP) eine Anti-Bergbau-Kampagne. Was sind die Hauptziele und was wurde bislang erreicht?

Indigene Völker

Eine genaue Definition dessen, was „indigene Völker“ sind, gibt es bislang nicht. Allgemein anerkannt sind aber drei Merkmale, die auf die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurückgehen.

1. Indigene Völker unterscheiden sich infolge ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von anderen Teilen der nationalen Gemeinschaft. Ihre Stellung ist ganz oder teilweise durch eigene Bräuche oder Überlieferungen oder durch Sonderrecht geregelt.

2. Sie stammen von Bevölkerungsgruppen ab, die in dem Land ansässig waren, als es erobert oder kolonialisiert wurde oder die gegenwärtigen Staatsgrenzen festgelegt wurden. Sie haben einige oder alle ihrer traditionellen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einrichtungen beibehalten.

3. Sie identifizieren sich selbst als zu einem indigenen Volk zugehörig.

Der Begriff „indigene Völker“ ersetzt weitgehend die früher benutzten Begriffe „Stämme“, „Ureinwohner“ oder „Eingeborene“, die inzwischen vielfach als diskriminierend gelten.

¹ Das Gespräch führte Elisabeth Strohscheidt. Sie ist auch für die Übersetzung und inhaltliche Zusammenfassung verantwortlich.

Im Zentrum der Kampagne stehen – ursprünglich vier, jetzt schon 15 – sogenannte „sites of struggle“ (SoS), „Orte des Kampfes“. Das sind Orte, an denen die Bevölkerung sich mit friedlichen Mitteln aktiv gegen den Bergbau zur Wehr setzt. Das PMP bietet den beteiligten Gemeinden technische, logistische und rechtliche Unterstützung. So sind sie in der Lage, ihren friedlichen Protest gegen den Bergbau aufrechtzuerhalten. Unser Hauptziel ist es, die Gemeinden zu stärken. Als Organisation mit christlichem Hintergrund verstehen wir uns als Verwalter und Aufseher (stewards) über das Land, als Wärter und Pfleger (caretaker) der Umwelt sowie als Partner in dem Bestreben um eine nachhaltige Entwicklung. Die Art der Entwicklung, die zurzeit auf den Philippinen sowohl von der Regierung wie auch von den Bergbaukonzernen vorangetrieben wird, ist nicht nachhaltig. Viele bezeichnen sie als „Entwicklungsaggression“.

Wir wollen mit der Kampagne auch erreichen, dass das bestehende Gesetz zum Schutz der Rechte der indigenen Völker der Philippinen von 1997 strikt beachtet wird. Doch oft steht es in Konkurrenz zum Bergbaugesetz von 1995, das im Zweifelsfall dann den Vorrang erhält. Auf nationaler Ebene haben wir uns deshalb mit anderen Bergbauegegnern vernetzt. Gemeinsam treten wir für die Rücknahme des Bergbaugesetzes ein und dafür, dass ein anderer Gesetzentwurf, der „Minerals Management Bill“, vom Parlament angenommen wird. Es geht uns um einen vernünftigen Umgang mit den vorhandenen Rohstoffen und nicht einfach um Regeln, wie die vorhandenen Ressourcen möglichst schnell und umfassend abgebaut werden können. Der neue Gesetzentwurf sieht eine weitgehende Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen über den Rohstoffabbau und dessen Management vor. Bei Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden fordert er Möglichkeiten zum Einspruch und zur Klage sowie Entschädigung. Die Bergbauunternehmen selbst sollen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung zur Rechenschaft gezogen werden können. Uns ist bewusst, dass der Gesetzentwurf auf viel Widerstand stoßen wird. Um ihn durchzusetzen brauchen wir neben Zeit und Geduld auch internationale Unterstützung.

Was sind ihre Erwartungen an die philippinische Regierung sowie an die Regierungen der Länder, die die Rohstoffe importieren?

Den Bergbau zum Hauptmotor der wirtschaftlichen Entwicklung zu machen, führt in die falsche Richtung. Nur eine nachhaltige Entwicklung, die sich an den Menschen

orientiert, kann aus der Armut führen. Dazu muss unsere Regierung die Menschen viel stärker an politischen Entscheidungen beteiligen und die lokale Wirtschaft muss gestärkt werden.

Von den Ländern, die unsere Rohstoffe importieren, erwarten wir, dass sie die Rechte der Filipinos und Filipinas respektieren. Wir erwarten von den ausländischen Regierungen, dass sie mit unserer Regierung auf Augenhöhe verhandeln. Sie dürfen die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und die Handelspolitik nicht dazu missbrauchen, Druck auszuüben und sich einen einfacheren Zugang zu den Ressourcen unseres Landes zu verschaffen. Wir erwarten außerdem, dass die Regierungen der Staaten, aus denen die Bergbauunternehmen kommen, diese auch im Heimatland zur Rechenschaft ziehen, wenn sie eine (Mit)Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen tragen. Von den Unternehmen selbst erwarten wir, dass sie stets mit der „gebotenen Sorgfalt“ (due diligence) vorgehen. Unabhängige Verträglichkeitsprüfungen sollen sicherstellen, dass der Bergbau nicht zur Verletzung der Menschenrechte führt oder von Menschen gemachte Umweltschäden unser Land zusätzlich belasten. Die deutsche Verfassung sagt: „Eigentum verpflichtet“; in der philippinischen heißt es: „Der Gebrauch von Eigentum hat eine soziale Funktion, und alle wirtschaftlichen Akteure sollen zum Gemeinwohl beitragen.“ Diese Verfassungsgrundsätze brauchen stärkere Beachtung in der politischen Praxis.

Was können die Menschen in Deutschland tun, um Sie zu unterstützen?

Neben der finanziellen Hilfe brauchen wir vor allem politische Unterstützung und mehr internationale Aufmerksamkeit für unsere Anliegen. Dabei können uns Organisationen wie MISEREOR, aber auch viele andere, helfen. Wir glauben, dass es ein Leben ohne den Bergbau geben kann und sollte. Diesen Gedanken wollen wir verbreiten. Die Menschen auf den Philippinen stehen z. B. im Gebrauch von Handys an der Weltspitze. Wir planen jetzt eine Kampagne hier auf den Philippinen, in der wir für das Recycling von Handys werben werden. Untersuchungen haben ergeben, dass aus einer Tonne gebrauchter Handys mehr Gold zurückgewonnen werden kann, als durchschnittlich aus 17 Tonnen Golderz ausgelöst wird. Weniger verbrauchen und mehr recyceln ist aus unserer Sicht ein wichtiger Ansatz. Dazu können alle beitragen, auch die jungen Menschen in Deutschland.

Mario, vielen Dank für das Gespräch. Der Kampagne weiterhin viel Erfolg!



Foto: Stephan Stricker/MISEREOR

In diesem Tagebau bei Baguio wird das Gestein abgetragen, um Gold zu gewinnen.

ARBEITSAUFTRÄGE

- 1** Liste auf: Welche negativen Auswirkungen hat der Bergbau auf den Philippinen für die Menschen und die Umwelt?
- 2** Ein Unternehmen will in sozialer und ökologischer Verantwortung auf den Philippinen Bodenschätze abbauen.
 - a) Schreibe einen Brief an die Konzernleitung und weise darauf hin, welche negativen Auswirkungen der Abbau haben kann.
 - b) Mache Vorschläge, wie das Unternehmen seine Verantwortung gegenüber den Menschen und der Natur wahrnehmen kann.
- 3** a) Macki Maderazo weist an mehreren Stellen auf Menschenrechtsverletzungen hin. Untersuche, welche Menschenrechte verletzt werden. Schau dir dazu die Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an: www.amnesty.de/alle-30-artikel-der-allgemeinen-erklarung-der-menschenrechte.
b) Diskutiere mit zwei bis drei Mitschülerinnen und Mitschülern deine Ergebnisse. Ergänze oder berichtige deine Notizen, wenn nötig.
- 4** Neben Kohle werden auf den Philippinen Gold, Kupfer, Nickel, Chrom, Eisen, Silber und Uran gefördert bzw. produziert. Recherchiere, wozu die genannten Metalle verwendet werden (z. B. <http://de.wikipedia.org/wiki/Metalle>). Kommen sie auch in deinem Alltag vor? Nenne Beispiele.
- 5** Was könnt ihr tun, um die Menschen auf den Philippinen zu unterstützen?

MISEREOR-Projekt P23202

„Im Schatten der Minen“

In Cajamarca, La Oroya und anderen Regionen Perus steht die einheimische Bevölkerung, mehrheitlich arme Kleinbauern- und Arbeiterfamilien, mächtigen Bergbaukonzernen gegenüber, die wertvolle Bodenschätze abbauen, ohne auf Mensch und Umwelt Rücksicht zu nehmen. Illegale Vertreibungen, Landraub, Vergiftung von Luft, Wasser und Boden sind an der Tagesordnung, oft begünstigt durch eine korrupte Verwaltung und Justiz.

Aber die Menschen in den betroffenen Gebieten sind nicht mehr wehrlos. So organisiert die katholische Kirche den Widerstand gegen einen unkontrollierten Bergbau mit seinen verheerenden Folgen für Ökologie und Gesundheit der Menschen. Die Profitgier der Konzerne und der Egoismus einzelner Politiker zerstört die Lebensgrundlagen der ansässigen Bevölkerung, schrieb Bischof Pedro Barreto aus der Erzdiözese Huancayo an MISEREOR: „Deshalb muss der Schwerpunkt unserer Entwicklungsarbeit auf dem Kampf um die Einhaltung fundamentaler Menschenrechte liegen.“

MISEREOR-Partner im Norden des Landes ist GRUFIDES („Ausbildung und Unterstützung für eine nachhaltige Entwicklung“). Die von dem Priester Marco Arana gegründete Or-

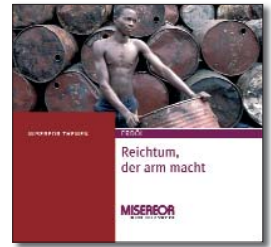
ganisation setzt sich für die Rechte der indigenen Bauern ein. Das Minenministerium leugnete bisher die von der Bergbauindustrie verursachten Probleme, zum Beispiel die Verseuchung von Wasser und Boden durch Zyanid und Quecksilber zur Goldgewinnung und die Belastung des Blutes der Kinder mit Blei. Die Kirche übt durch Kampagnen, Pressearbeit, Bürgerforen und Fachtagungen für die peruanische und internationale Öffentlichkeit Druck auf Regierung und Bergbauunternehmen aus. Seitdem hat sich die Dialogbereitschaft von Politik und Managern deutlich erhöht. Es geht nun darum, die Gegenmacht der Bevölkerung weiter zu stärken – damit ihre Rechte respektiert werden und die Menschen an politischen Entscheidungen, die ihren Lebensraum betreffen, angemessen beteiligt werden.

Weitere Informationen bei MISEREOR, Abteilung Partnerschaften und Spenderkontakte, E-Mail: pps@misereor.de.



Erdöl. Reichtum, der arm macht

Viele Länder Afrikas südlich der Sahara sind



reich an Bodenschätzen. Am Beispiel der Erdölförderung im Golf von Guinea (Westafrika) geht das Heft der Frage nach, warum das „schwarze Gold“ den meisten Menschen dennoch Armut gebracht hat. Es liefert Daten und Fakten zur Erdölsituation, fragt nach den Ursachen der bestehenden Mängel, informiert über politische Prozesse und Kampagnen und stellt die konkrete Arbeit von MISEREOR-Partnern vor.

80 Seiten, Format 21 x 19,8 cm.

Best.-Nr.: 565207, Preis: €2,80

ZUKUNFTSFÄHIGE ROHSTOFFSTRATEGIE

MISEREOR und 16 weitere Organisationen der Zivilgesellschaft haben ihre „Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie“ formuliert; abrufbar unter www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Anforderungen_an_eine_zukunftsfähige_Rohstoffstrategie.pdf

Elisabeth Strohscheidt ist Menschenrechtsreferentin in der Abteilung Entwicklungspolitik von MISEREOR.

Susanne Friess ist Beraterin der Lateinamerika-Abteilung von MISEREOR für das Thema „Bergbau in Lateinamerika“.

Axel Müller ist nach Beendigung seiner Zeit als Trainee in der Afrika-Abteilung von MISEREOR seit mehreren Jahren als Fachkraft zum Thema „Extraktive Industrien“ in Kamerun/Zentralafrika tätig.

Katja Allani ist Hauptschullehrerin an der Hakemickeschule in Olpe. Sie formulierte die Arbeitsaufträge.

Impressum

Herausgeber: Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Mozartstr. 9, 52064 Aachen, in Zusammenarbeit mit dem Lehrerbereichsverein „Eine Welt“ bei MISEREOR

Herstellung und Vertrieb: MVG Medienproduktion und Vertriebsgesellschaft mbH, Boxgraben 73, 52064 Aachen, Tel: 0241 479 86-0

Autor/Innen dieser Ausgabe: Elisabeth Strohscheidt, Susanne Friess, Axel Müller; Arbeitsaufträge: Katja Allani

Redaktion: Rüdiger Horn, Lektorats- u. Redaktionsbüro, Olpe
Gestaltung: Yvonne Schröder, Graphik- u. Werbedesign, B-Eupen

Erscheinungsweise: Viermal jährlich, Bezug kostenlos

MISEREOR-Projektfilm:

Reichtum geht, Armut bleibt

Der 20-minütige Projektfilm zeigt die Arbeit der MISEREOR-Partnerorganisation GRUFIDES in Cajamarca, Peru. Er schildert eindrücklich die Probleme, die der Goldbergbau im Norden Perus verursacht. GRUFIDES ist zum Anwalt der Menschen geworden, die durch den Bergbau ihr Land verloren haben, die aufgrund von Umweltverschmutzung erkrankt sind oder die von Unternehmen und Regierung wegen ihres Widerstands gegen den Bergbau verfolgt und kriminalisiert werden. Der Film eignet sich als Anschauungsmaterial im Unterricht. Aufzurufen (Download) unter: www.misereor.de/service/videos/dokumentationen.html



BESTELLUNGEN der MISEREOR-Schulmaterialien

MVG Medien | Postfach 10 15 45 | 52015 Aachen | E-Mail: bestellung@eine-welt-shop.de
Telefon: 0241 47986-100 | Fax: 0241 47986-745 | www.misereor-medien.de